

Wortlaut des Antrags	Beschluss
Beschlussvorschlag der Verwaltung: I. 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundlagen zur Umsetzung des Medizinischen Konzeptes für eine Entscheidung der Krankenhaus-Konzentration auf der „Grünen Wiese“ vorzubereiten. Hierzu zählen insbesondere: a) Vorschläge für einen zukünftigen Standort aufzubereiten	Mehrheitlich zugestimmt
SPD-Antrag 1 Für das Optionsmodell Zentralklinik wird eine modulare Vorgehensweise abgelehnt. Wenn überhaupt, dann soll der Ersatzbau für die Häuser Albstadt und Balingen <u>in einem Bauabschnitt</u> erfolgen.	Mehrheitlich zugestimmt
Beschlussvorschlag der Verwaltung: I. 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundlagen zur Umsetzung des Medizinischen Konzeptes für eine Entscheidung der Krankenhaus-Konzentration auf der „Grünen Wiese“ vorzubereiten. Hierzu zählen insbesondere: b) die voraussichtlichen Gesamtkosten der Zentrallösung einschließlich Grundstück, Infrastruktur und Parkplätze zu ermitteln und darzustellen c) die finanziellen Auswirkungen für den Landkreis aufzuzeigen.	Einstimmig zugestimmt
FWV-Antrag 1: Die Verwaltung wird beauftragt, neben den finanziellen Auswirkungen eines Neubaus auf der „grünen Wiese“ auf den Landkreis auch noch die <u>finanziellen Folgen für die einzelnen Städte und Gemeinden im Rahmen der künftigen Kreisumlage</u> aufzuzeigen. Deren Handlungsfähigkeit könnte nämlich im Einzelfall drastisch eingeschränkt werden.	Mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag der Verwaltung: 2. Der Kreistag beauftragt die <i>Zollernalb Klinikum gGmbH</i> die am Krankenhausstandort Albstadt in den nächsten Jahren noch anfallenden baulichen Veränderungen und Sanierungsmaßnahmen darzustellen und deren Kosten zu ermitteln. Änderungsantrag SPD-Fraktion zu Satz 1: statt „Zollernalb Klinikum gGmbH“ zu setzen „Verwaltung“	Einstimmig zugestimmt
FWV-Antrag 2. Die Verwaltung möge – gegebenenfalls mit externer Unterstützung – eine <u>Aussage zur Zukunftsfähigkeit der einzelnen medizinischen Schwerpunkte</u> machen. In diese Bewertung sollen insbesondere bestehende Schwerpunkte mit vorhandenen Patientenströmen in Nachbarlandkreisen, Aktivitäten Dritter (z. D. Unfallchirurgie der Acura-Klinik ab Mitte 2017), künftige Qualitätszu- und Qualitätsabschläge (ab 2018) oder auch wirtschaftliche Ergebnisse miteinfließen. Mittels dieser Überprüfung sollen Fehlinvestitionen vermieden werden. SPD-Antrag 3 Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, <u>inwiefern die derzeit betriebenen medizinischen Abteilungen zukunftsfähig sind</u> und bei welchen, wie z.T. vom Land gefordert, durch eine über den status quo (z. B. Zusammenarbeit mit Vincenz von Paul Hospital gGmbH) hinausgehende <u>kreisübergreifende und kreisinterne (z. B. Acura) Zusammenarbeit</u> Investitionskosten und Betriebskosten reduziert werden können, bei gleichzeitiger Gewährleistung der medizinischen Qualität.	Beide Anträge zusammengefasst: Mehrheitlich zugestimmt
SPD-Antrag 5 Die Verwaltung wird beauftragt, noch vor einem Grundsatzbeschluss des Kreistags mit dem Sozialministerium <u>schriftlich zu klären, ab wann und in welcher Mindesthöhe Mittel vom Land für den Bau eines eventuellen Zentralklinikums bereitgestellt werden und ob Fördermittel für Balingen zurückbezahlt werden müssen</u> bzw. ob sich der Zuschuss um die noch nicht abgeschriebenen Werte (25 Jahre) reduziert.	Mehrheitlich zugestimmt

Nachrichtlich die abgelehnten Anträge:	
FDP-Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, zur Vorbereitung des Grundsatzbeschlusses die Alternative zu prüfen, ob und in wie weit ein <u>privater Klinikbetreiber</u> bereit ist, im Zollernalbkreis ein Zentralklinikum auf der grünen Wiese auf eigene Kosten zu erstellen und dann zu betreiben.	Mehrheitlich abgelehnt
SPD-Antrag 2: zu I 1 a. Ergänzungsantrag: und hierbei für den Standort einer eventuellen Zentralklinik eine <u>Fläche zwischen Balingen Kernstadt und Albstadt-Ebingen</u> zu suchen.	Mehrheitlich abgelehnt
Antrag FWV-Fraktion Die FWV-Fraktion stellt nachträglich den weiteren Antrag an die Verwaltung, die Konsequenzen einer strategischen Partnerschaft in einem Klinikverbund aufzuzeigen. Diese Untersuchung hat modelloffen (Zentralklinik oder/und Zwei-Standort-Modell) zu erfolgen.	Mehrheitlich abgelehnt
SPD-Antrag: zu I 1 b und I 1 c Die Verwaltung wird beauftragt, analog zur Vorgehensweise bei den Beschlussvorschlägen I 1 b + I 1c dem Kreistag die Inhalte auch für eine <u>Zwei-Standort-Lösung</u> darzulegen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Fördermittel in unbekannter Höhe frühestens ab 2024 bereitgestellt werden.	Mehrheitlich abgelehnt
FWV-Antrag 3. Die Verwaltung wird beauftragt, neben der Krankenhauskonzentration auf der grünen Wiese auch die <u>Gesamtkosten einer Zentralklinik am bestehenden Standort in Balingen</u> zu ermitteln. Falls sich der Landkreis nämlich die Variante eines kompletten Neubaus nicht leisten kann, braucht er noch andere Handlungsoptionen.	Mehrheitlich abgelehnt

FWV-Antrag 4. Die Verwaltung möge darstellen, welche Überlegungen es bereits zu eventuellen <u>Nachnutzungen der Krankenhäuser in Albstadt und insbesondere in Balingen</u> gibt. Wie werden sich diese Nachnutzungen kostenmäßig auswirken? Dabei gilt es besonders beim Neubau in Balingen zu berücksichtigen, dass hier auf lange Zeit keine Sanierung ansteht, kein Teilrückbau denkbar ist und die zur Verfügung stehende Fläche außerordentlich groß ist. Ferner sind Belegungen durch Eigenbedarf wie im Fall Hechingen hier ausgeschlossen. SPD-Antrag 4 Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, welche <u>Nachnutzungsmöglichkeiten</u> sie sich <u>für die Häuser in Balingen und Albstadt</u> vorstellt.	Beide Anträge zusammengefasst: Mehrheitlich abgelehnt
Beschlussvorschlag der Verwaltung II. Der Kreistag stimmt der Aufstockung des Aufsichtsrats der Zollernalb Klinikum gGmbH von 14 auf bis zu 16 Mitglieder zu.	Mehrheitlich abgelehnt